

Gelungener Militärputsch in Niger

Präsident Tandja von einer Junta mittlerer Offizierskader abgesetzt – Demokratische Reformen in Aussicht gestellt

Einen Tag nach dem Staatsstreich in Niger ist in der Hauptstadt Niamey relative Ruhe eingeleitet. Der abgesetzte Präsident Tandja wird in einer Kaserne festgehalten.

Markus M. Haefliger, Nairobi

Im Regierungsviertel der nigrischen Hauptstadt Niamey haben am Freitag Soldaten der Bereitschaftstruppen patrouilliert, und vor dem Präsidentenpalast waren Panzerfahrzeuge postiert, um Plünderungsversuche im Keim zu ersticken. Im Übrigen schien sich die Lage einen Tag nach dem Militärputsch rasch zu normalisieren, wie Presseagenturen und telefonisch kontaktierte Beobachter übereinstimmend berichteten. Angestellte erschienen zur Arbeit, die Märkte und Geschäfte waren geöffnet. Viele Hauptstadtbewohner äusserten sich befriedigt über die gewaltsame Absetzung von Präsident Tandja. Der 71-Jährige hatte letztes Jahr zunehmend diktatorisch regiert und sich eine neue Verfassung zurechtzimmert, die ihm Vollmachten und eine dritte Amtszeit hätte ermöglichen sollen.

Todesopfer und Verletzte

Die sofortige Aufhebung der Verfassung Tandjas ist denn auch eine der Massnahmen, welche die Putschisten am Donnerstagabend verkündet hatten. Der Sprecher der Putschisten, Oberst Karim, versprach eine Rückkehr zu demokratischen Zuständen, ohne einen Zeitrahmen anzugeben. Ausserdem verordnete die Junta eine nächtliche Ausgangssperre. Zuvor war es am Donnerstag beim Präsidentenpalast zu Scharmützeln zwischen verschiedenen Armee-Einheiten gekommen. Laut Ni-



Passanten vor einem Einschussloch in einer Wand in der Nähe des Präsidentenpalastes in Niamey.

BOUREIMA HAMA / AFP



Renaissance der Staatsstrieche in Afrika

mhf. Nairobi · In den vergangenen anderthalb Jahren hat die Zahl der verfassungswidrigen Machtübernahmen in afrikanischen Staaten deutlich zugenommen. In 5 Ländern, von denen 4 in Westafrika liegen, kam es zu insgesamt 7 Staatsstreich. Diese Zunahme ist ein politischer Rückschritt. In den Jahrzehnten nach der Erringung der Unabhängigkeit waren fast jedes Jahr irgendwo Militärputsche zu verzeichnen gewesen. Sie waren die Folge von Auseinandersetzungen zwischen Cliquen innerhalb der wenig gefestigten Staatsapparate oder eine Begleiterscheinung des Kalten Kriegs, in dem die Grossmächte um Einfluss in Afrika buhlten. Aber in den neunziger Jahren waren Staatsstrieche ausser Mode gekommen. Die Organisation afrikanischer Staaten, die Vorgängerin der heutigen Afrikanischen Union (AU), rang sich zumindest verbal zur Ächtung von Putschen und illegalen Machtübernahmen durch.

Die Staatsstrieche seit Januar 2008:

► In Mauretanien putscht das Militär im August 2008 gegen den ersten gewählten Präsidenten des Landes, Sidi Ould Cheikh Abdellahi. Der Juntachef, General Mohammed Ould Abdelaziz, führt Reformen durch und gewinnt im Jahr darauf Präsidentenwahlen. Die Sanktionen der AU werden beendet.

► Unmittelbar nach dem Tod des langjährigen Diktators Lansana Conté im Dezember 2008 erringen Offiziere um Hauptmann Dadis Camara die Macht in Guinea. Sie versprechen Reformen, doch Camara will an der Macht bleiben. Im letzten Dezember wird er nach einem Disput innerhalb des Militärrats niedergeschossen. Dies ermöglicht die Einsetzung einer Übergangsregierung unter Beteiligung der Opposition. Im Juni sollen Wahlen stattfinden.

► In Madagaskar erklärt sich der Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo, Rajoelina, im Januar 2009 zum

«Präsidenten». Zwei Monate später meutert die Armee und schlägt sich auf die Seite Rajoelinas; der rechtmässig gewählte Präsident Ravalomanana geht ins Exil. Die AU erhebt Sanktionen gegen das Land.

► In Guinea-Bissau wird im März 2009 Präsident Vieira von Soldaten ermordet. Der eingesetzten Militärjunta gelingt es, innerhalb von wenigen Monaten faire Präsidentenwahlen zu organisieren. Diese werden im Juli von Malam Bacai Sanhá, einem Zivilisten, gewonnen.

► In Niger führt der gewählte Präsident Mamadou Tandja zwischen Mai und August 2009 einen Staatsstreich in Raten durch. Er setzt das Parlament und das Verfassungsgericht ab und lässt über ein Grundrecht abstimmen, das ihm eine dritte Amtszeit ermöglichen soll. Wie in Guinea wird der Usurpator selber zum Opfer eines gewaltsamen Umsturzes: Am Donnerstag hat ihn die Armee abgesetzt.

colai Panke, dem Delegationschef des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz in Niamey, wurden dabei 3 Soldaten und ein Zivilist getötet; 17 weitere Soldaten seien verletzt worden. Den Putschisten war es offenbar zu Beginn der Aktion gelungen, zu Tandja vorzudringen, der eine Kabinettsitzung leitete, und ihn festzunehmen. Er wird in einer Kaserne, 20 Kilometer ausserhalb der Stadt, festgehalten.

Neben Karim, dem Chef des militärischen Nachrichtendienstes, bilden drei weitere Oberste den Kern der Junta. Von ihnen war Djibrilla Hamidou schon 1999 an vorderster Stelle in den Putsch verwickelt gewesen, der zu Wahlen und der ersten Präsidentschaft Mamadou Tandjas führte. Mit von der Partie ist auch Oberst Adamou, der Chef der «Bérets verts» genannten Bereitschaftstruppen. Die Junta hat sich die schön klingende Bezeichnung «Conseil suprême pour la restauration de la démocratie» gegeben. Nach einer Reihe von gewaltsamen oder schleichen Staatsstreich in Westafrika ist Skepsis angebracht, ob dies programmatisch gemeint ist. In allen Fällen – mit der Ausnahme Tandjas in Niger – gaben die Putschisten und Usurpatoren Lippenbekenntnisse für die Demokratie ab.

Uran-Verträge respektiert

Der Sprecher der Militärjunta versprach am Donnerstagabend, die bestehenden Bergbaukonzessionen ausländischer Konzerne würden nicht in Frage gestellt. Mit Investitionen von über 5 Milliarden Euro will Niger vom dritt- zum zweitwertigsten Produktionsland für Uran (nach Kanada) aufsteigen. Der französische Nuklearkonzern Areva, der auch die Schweizer Atomindustrie beliefert, investiert allein über eine Milliarde in die Uranmine Imouraren in der Nähe des Air-Gebirges.

In dem Gebiet im Nordwesten siedelt die Tuareg-Minderheit. Präsident Tandja war es letztes Jahr mit einem Amnestieangebot gelungen, eine 2007 begonnene Rebellion der Tuareg zu befrieden, ohne allerdings deren Forderungen nach Autonomie und einer Beteiligung an den Einnahmen aus dem Uranabbau zu erfüllen. Wie es in dem Friedensprozess weitergeht, ist unsicher. Die Putschisten gehören laut Beobachtern zu denjenigen Militärs, die den Verhandlungen mit den Aufständischen kritisch gegenüberstanden.